

Kita-Zulage: Parlament uneins

Kinder Der Ständerat hat sich am Donnerstag mit der Kita-Initiative der SP und einem Gegenvorschlag dazu befasst. Die Initiative fordert, dass Eltern nicht mehr als zehn Prozent ihres Einkommens für die externe Kinderbetreuung zahlen müssen.

Die kleine Kammer lehnt das Anliegen ab – und will den Initianten mit dem indirekten Gegenvorschlag weniger weit entgegenkommen als der Nationalrat. Kernstück des Gegenvorschlags, über den die Räte schon seit längerem streiten, ist die Schaffung einer Betreuungszulage für Eltern, die ihre Kinder extern betreuen lassen. Finanziert werden soll sie durch Beiträge von Arbeitnehmenden, Arbeitgebern und Kantonen. Die Zulage soll monatlich mindestens 100 Franken betragen, wenn das Kind einen Tag pro Woche in die Kita geht. Pro weiterem Betreuungs-Halbtag soll es 50 Franken mehr geben.

Aber auch der Bund soll Geld in die Hand nehmen. Der Nationalrat will, dass der Bund in den ersten vier Jahren nach Inkrafttreten der neuen Regelung 200 Millionen Franken zur Förderung der familienergänzenden Betreuung und der Frühförderung ausgibt. Der Ständerat hingegen spricht sich am Donnerstag nur für 100 Millionen Franken aus. Mit dem Geld sollen die Kantone unterstützt werden.

Der Ständerat hält ausserdem an der Einschränkung fest, dass es die Betreuungszulage nur gibt, wenn das Kind in einer Landessprache unterrichtet wird. Kein Geld soll es also beispielsweise für englischsprachige Kitas geben. Zudem soll die Zulage für Eltern von Kindern mit Behinderungen weniger grosszügig ausfallen, als dies der Nationalrat will. Das Seilziehen geht damit weiter. (*lha*)